

Schweizerischer Gewerbeverband SGV
3001 Bern
031/ 380 14 14
www.sgv-usam.ch

Medienart: Print
Medientyp: Fachpresse
Auflage: 110'000
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 377.9
Abo-Nr.: 377009
Seite: 4
Fläche: 109'457 mm²

MESSUNG DER REGULIERUNGSKOSTEN - Im Auftrag des sgv hat die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG Deutschland die Kosten gemessen, die Schweizer KMU für die Regulierung bezahlen müssen. Sie sind erschreckend hoch.

Welchen Preis zahlen KMU wirklich?

In seinen politischen Programmen 2008–2010 und 2010–2014 fordert der Schweizerische Gewerbeverband sgv optimale Rahmenbedingungen für die KMU durch einen Abbau von gesetzlichen Normen und Vorschriften sowie eine markante administrative Entlastung der KMU. Der Gesetzgebungsprozess hat sich deshalb konsequent an der Maxime «KMU-Verträglichkeit» zu orientieren und muss durch ständige Ermittlung der Regulierungskosten überprüft und wenn nötig korrigiert werden. Die gesetzgeberischen Rahmenbedingungen sind auf die Verhältnisse der KMU-Wirtschaft auszurichten und nicht umgekehrt.

Forschungsauftrag und neues Mess-Modell

Um diese strategischen Ziele zu erreichen, hat der sgv unter Federführung seines Steuerexperten, Vizerektor Marco Taddei, im August 2009 einen Forschungsauftrag an die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG Deutschland erteilt, um eine Regulierungskostenmessung in den Schweizer KMU durchführen zu lassen. Die fachliche Unterstützung und Qualitätssicherung des Projektes erfolgte durch Professor Dr. Christoph Müller, Executive Director am Center for Entrepreneurial Excellence (CEE-HSG) des Schweizerischen Instituts für Klein- und Mittelunternehmen der Universität St. Gallen (vgl. auch Seite 6).

Dabei sollen nicht mehr nur Kosten, die durch Administrativpflichten anfallen, sondern neu zusätzlich auch jene Kosten, die durch alle weiteren gesetzlichen Handlungspflichten ent-

stehen, gemessen werden. Zu diesem Zweck haben die KPMG und die Bertelsmann-Stiftung neu ein Regulierungskosten-Modell (RKM) entwickelt. Das RKM ist ein Modell zur umfassenden Messung von bestehenden oder zukünftigen Kosten durch Gesetze und Regelungen, das aus der Sicht der betroffenen KMU alle tatsächlichen Folgen einer Regulierung/eines Gesetzes in Schweizer Franken messen soll.

Weltweit erste Messung schliesst Wissenslücke

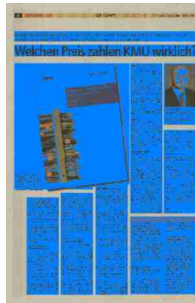
«Auch wenn zurzeit ambitionierte Mess-Projekte zum Beispiel in Schweden, in den Niederlanden und auch auf EU-Ebene laufen, die politische Auswirkung haben, stellt die Studie der KPMG im Auftrag des sgv die weltweit erste, umfassende Messung mit diesem neuen Modell dar», sagt Marco Taddei, der die Untersuchung auf Seiten des sgv intensiv begleitet hat. «Die Studie schliesst eine grosse, gravierende Informationslücke, da in der Schweiz bisher keine Erhebung existiert, die die Kosten der Umsetzung der Regulierungen für die KMU misst.» Untersucht wurden wichtige Teilbereiche – das heisst die KMU belastende Handlungspflichten – in den drei Themenfeldern Arbeitsrecht, Sozialversicherungen sowie Lebensmittelhygiene (vgl. Seite 5).

KMU leiden am stärksten

Möglichst tiefe administrative Belastungen, die durch die Befolgung gesetzlicher Normen entstehen, sind neben einem attraktiven Steuersystem und gesunden öffentlichen Finanzen die wohl wichtigste Voraus-

setzung zur Schaffung von KMU-freundlichen Rahmenbedingungen, wie sie der sgv seit jeher verlangt.

Der Grund ist einfach: Obwohl im Prinzip alle Unternehmen von staatlichen Regulierungen gleich stark betroffen sind, «leiden in der Praxis die KMU am meisten unter deren Auswirkungen», stellt Taddei fest. Dies einerseits, weil die von der öffentlichen Hand auferlegten Lasten weder von der Anzahl der beschäftigten Personen noch von der Grösse des Unternehmens abhängen. Das bedeutet, dass alle Betriebe – ob klein oder gross – den gleichen bürokratischen Pflichten unterworfen sind, was sich bei den kleinen Firmen in unverhältnismässig höheren Fixkosten auswirkt. «Andererseits», so Taddei weiter, «verfügen KMU mangels personeller und finanzieller Ressourcen nicht über die gleichen Möglichkeiten wie grosse Unternehmen, um die gesetzlichen Vorschriften umzusetzen.» In der Regel sind die Unternehmer in KMU selber für die Umsetzung der Regulierungen verantwortlich. Die Zeit, die für diesen Gesetzesvollzug eingesetzt werden muss, fehlt dem Unternehmer dann jedoch für extrem wichtige eigentliche Führungsaktivitäten, sei das z.B. in Bezug auf unverzichtbare Planungsarbeiten und Innovationen, Mitarbeiterführung oder Kundenpflege. «Darunter leidet ganz eindeutig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sehr vieler KMU unseres Landes», hält Taddei fest. Und sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler ergänzt: «Tatsächlich verursachen die Regulierungen und die bürokratischen Pflichten nicht nur Zeitverluste und zusätzliche finanzielle Kosten,



Schweizerischer Gewerbeverband SGV
3001 Bern
031/ 380 14 14
www.sgv-usam.ch

Medienart: Print
Medientyp: Fachpresse
Auflage: 110'000
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 377.9
Abo-Nr.: 377009
Seite: 4
Fläche: 109'457 mm²

sondern behindern die Unternehmen auch in ihrer Aktionsfreiheit und Entscheidungskraft.» Schlimmer noch: «Makroökonomisch gesehen führen die durch Regulierungen verursachten Belastungen in den KMU zu einer Schwächung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Damit wird sowohl mögliches Wirtschaftswachstum markant eingeschränkt als werden auch Arbeitsplätze gefährdet bzw. die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindert.»

Diese unerwünschten Effekte gehen dabei zulasten der gesamten schweizerischen Volkswirtschaft. Der Abbau drückender Regulierungskosten in den KMU ist nur schon deshalb notwendig, weil dadurch die Schweizer Volkswirtschaft nachhaltig auf Wachstumskurs gebracht werden kann – mit positiven Auswirkungen auf Beschäftigung und Wohlfahrt in der Schweiz.

Verfassung schreibt Überprüfung vor

Obschon die Überprüfung der Wirksamkeit der Massnahmen des Bundes in der Bundesverfassung verankert ist (Art. 170 BV) und sich der Bund für die Verringerung und Vereinfachung der administrativen Arbeiten der KMU engagiert, wird seit Jahren ein beunruhigender, inakzeptabler An-

stieg der administrativen Belastung aufgrund von neuen Reglementierungen der öffentlichen Hand auf Bundes- und Kantonsebene festgestellt. Dies hat auch der Bundesrat festgestellt: In seinem Bericht «Vereinfachung des unternehmerischen Alltags» von Januar 2006 stellt er auch fest: «Die intensive Gesetzgebungstätigkeit der 1980er und 1990er Jahre hat zu einer Zunahme der Einschränkungen für die Wirtschaft geführt, in Form von administrativen Kosten, von Zeitaufwand für Aufgaben im Zusammenhang mit den Regulierungen und von Hemmnissen für die Innovation; zumindest werden diese Einschränkungen bewusster wahrgenommen. Vor allem die KMU leiden verhältnismässig stark darunter, wenn die administrative Belastung steigt und die Regulierung komplex ist.»

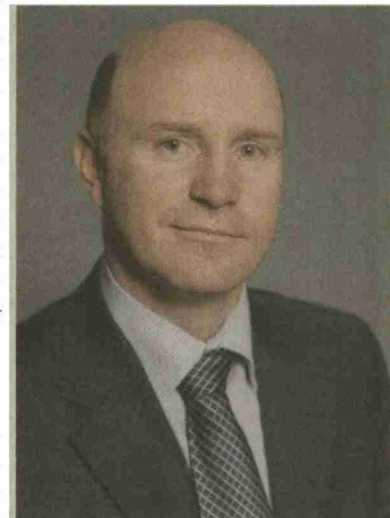
Bundesrat stapelt tief

Aufgrund der Ergebnisse einer Untersuchung der Uni St. Gallen aus dem Jahr 1998 – sie veranschlagte den administrativen Aufwand für KMU auf monatlich 54,5 Stunden – ging der Bundesrat davon aus, dass sich für die ganze Wirtschaft die administrativen Belastungen auf ungefähr 7 Milliarden Franken pro Jahr belaufen würden, das heisst auf rund 2 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Die vom sgV initiierte KPMG-Studie

dagegen beziffert die Regulierungskosten allein in den drei genannten Teilbereichen Arbeitsrecht, Sozialversicherungen und Lebensmittelhygiene auf vier Milliarden Franken und stellt damit die Einschätzung des Bundesrats stark in Frage.

LINK

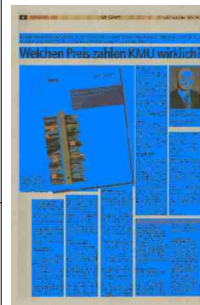
www.sgv-usam.ch



«Die KPMG-Studie schliesst eine gravierende Informationslücke, da in der Schweiz bisher keine Erhebung existiert, welche die Kosten der Umsetzung der Regulierungen für die KMU misst», sagt sgV-Steuerexperte Marco Taddei.

Datum: 28.05.2010

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

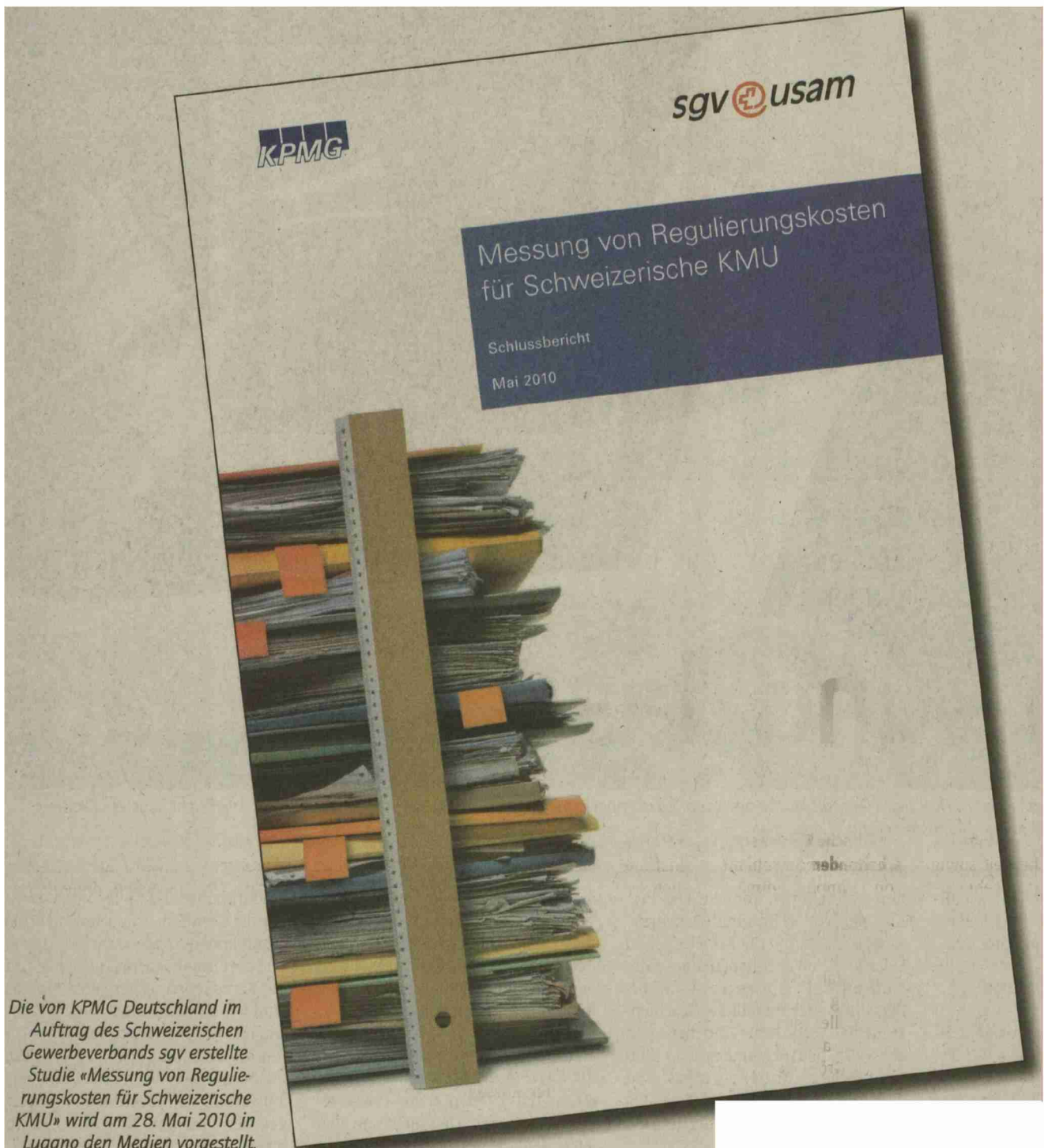


 Universität St. Gallen

Schweizerischer Gewerbeverband SGV
3001 Bern
031/ 380 14 14
www.sgv-usam.ch

Medienart: Print
Medientyp: Fachpresse
Auflage: 110'000
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 377.9
Abo-Nr.: 377009
Seite: 4
Fläche: 109'457 mm²



ARGUS 
MEDIENBEOBACHTUNG

Medienbeobachtung
Medienanalyse
Informationsmanagement
Sprachdienstleistungen

ARGUS der Presse AG
Rüdigerstrasse 15, Postfach, 8027 Zürich
Tel. 044 388 82 00, Fax 044 388 82 01
www.argus.ch

Argus Ref.: 38982490
Ausschnitt Seite: 3/4



Schweizerischer Gewerbeverband SGV
3001 Bern
031/ 380 14 14
www.sgv-usam.ch

Medienart: Print
Medientyp: Fachpresse
Auflage: 110'000
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 377.9
Abo-Nr.: 377009
Seite: 4
Fläche: 109'457 mm²

WAS SIND EIGENTLICH REGULIERUNGSKOSTEN?

Für das Erkennen konkreter Ansatzpunkte zum Abbau administrativer Belastungen ist es notwendig, ein systematisches und erprobtes Verfahren zur Messung von Regulierungs- und administrativen Kosten einzusetzen – ein ambitioniertes Vorhaben, das nicht leicht zu realisieren ist, da die Regulierungen und die administrativen Kosten eng miteinander verbunden sind. Die Grenze zwischen den administrativen Kosten und den Kosten für die Einhaltung der Regulierungen kann dabei nicht immer eindeutig gezogen werden.

Zwei Arten von Kosten

Der Begriff Regulierungskosten, wie er hier verwendet wird, umfasst die beiden folgenden Kosten:

■ **Administrative Kosten:** Kosten für Verfahren und Kontrollen, Kosten für die Erhebung oder die Verarbeitung von Daten, Formalitäten wie das Ausfüllen von Formularen; aber auch Kosten, um sich über die

Regulierung zu informieren. Dies könnte als der bürokratische oder «Papierkram»-Aspekt bezeichnet werden.

■ **Kosten für die Einhaltung der Regulierungen:** Kosten für Änderungen der Herstellungsprozesse, zusätzliche Investitionen usw. Ein Beispiel: Die **administrativen Kosten** in Bezug auf die Hygiene in einem Restaurant oder die Sicherheit am Arbeitsplatz umfassen alle Kosten im Zusammenhang mit den Kontrollen durch die Behörden, die Kosten für die Dokumentation der getroffenen Massnahmen, die Kosten einer allfälligen staatlichen Bewilligung sowie die Kosten, um sich über die Regulierung zu informieren. Die **Kosten für die Einhaltung der Regulierung** dagegen umfassen jene Kosten, die für konkrete Hygiene- oder Sicherheitsmassnahmen wie etwa Reinigungen oder die Anschaffung von Schutzhelmen oder -schuhe anfallen.